

Brüssel, den 23. September 2008
D (2008)

**VERMERK ZU HÄNDEN
VON HERRN KALLAS – VIZEPRÄSIDENT DER KOMMISSION**

Betrifft: "Madelin-Bericht" über die Modernisierung der Humanressourcen der Kommission

Die Personalvertretung hat auf die kürzliche Veröffentlichung und Verbreitung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe Madelin – Holmquist – Verrue einstimmig ablehnend reagiert, und zwar sowohl was den Inhalt als auch die Form der Vorgehensweise betrifft.

In der gegenwärtigen Situation sind die Voraussetzungen für eine sachliche Debatte über eine neue Reform in keiner Weise gegeben. Aus diesem Grund lehnen alle Gewerkschaften die Diskussion über eine neuerliche Reform unseres Beamtenstatuts strikt ab.

Wir sind davon überzeugt, daß weder das Personal noch unsere Institution die Belastung einer neuerlichen Reform tragen können. Eine solche würde noch mehr Verwirrung unter unseren Kollegen in den verschiedenen Dienststellen schaffen. Gleichzeitig würde sie die Rolle der Kommission in der institutionellen Architektur der EU schwächen und damit das gesamte europäische Aufbauwerk in Frage stellen.

Wir hingegen schlagen vor, einen echten Sozialen Dialog zu den entscheidenden Sachthemen für ein gutes Funktionieren unserer Institution zu führen: Reduzierung der internen Bürokratie; Anerkennung der Leistungen des Personals, einschliesslich einer vernünftigen Karriereperspektive; Erneuerung des Spitzenmanagements aus den eigenen Reihen; Einrichtung einer Arbeitsumgebung, die das Wohlbefinden der Bediensteten und ihrer Familien fördert; uvm.

Im Gegensatz zu den beschwichtigenden Erklärungen von Frau Day hinsichtlich des Zwecks und der operationellen Schlussfolgerungen der von ihr ins Leben gerufenen Arbeitsgruppe, die im Kern eine tiefgreifende Reform unseres Beamtenstatuts mit absolut unannehmbaren Vorschlägen anpeilt und die Grundlagen des europäischen öffentlichen Dienstes in Frage stellt, musste die Personalvertretung feststellen, dass diese angeblich inoffiziellen Ergebnisse und Überlegungen gegenwärtig in diversen Personalforen ganz offiziell präsentiert werden. Ausserdem wurde der Bericht in mehreren Generaldirektionen bereits formell der gesamten Hierarchie vorgestellt, einschliesslich Diskussion der Schlussfolgerungen!

Wir können nicht hinnehmen, daß ein solch brisanter Bericht, in Umgehung aller Regeln des Sozialen Dialogs in der Kommission, in den Dienststellen diskutiert und dem Personal vorgelegt wird, ohne zuvor mit DG ADMIN und der Personalvertretung besprochen, geschweige denn verhandelt worden zu sein.

Eine solche Vorgangsweise spiegelt bereits die erste Anwendung eines der Schlüsselgrundsätze dieses Berichts wider: die regulierende und koordinierende Rolle der DG ADMIN soll auf ein Minimum reduziert werden, um den Generaldirektoren völlige Handlungsfreiheit zu gewähren. Jene könnten sich somit ungehindert über administrative Regeln hinwegsetzen und sich der politischen Führung durch den Kommissar für Personalangelegenheiten entziehen.

Weiters musste die Personalvertretung feststellen, dass die Kommission zur Zeit an einem Vorschlag zur Änderung unseres Beamtenstatuts arbeitet, die darauf abzielt, die Assistenten der Parlamentsabgeordneten durch Schaffung eines neuen *ad hoc* Vertragstyps zu integrieren. Um Spekulationen hinsichtlich der hinter diesem Vorschlag stehenden Absichten vorzubeugen, muss die Kommission, in diesem Fall ebenso wie bei allen anderen das Personal betreffenden Vorschlägen, die notwendigen Garantien für die strikte Einhaltung der Verfahren des Sozialen Dialogs abgeben.

Dennoch ist es bereits heute klar, daß unter den oben beschriebenen politischen und administrativen Bedingungen keine wie auch immer geartete politische Garantie des Rates hinsichtlich der angeblich begrenzten Tragweite einer möglichen Revision des Beamtenstatuts Ernst genommen werden kann. Die Gewerkschaften befürworten grundsätzlich die Bemühungen für transparentere und fairere Anstellungsbedingungen für die Assistenten der Parlamentsabgeordneten, deren Rechte besser geschützt werden müssen. Wir sind jedoch auch überzeugt, daß es zur Erreichung dieses Ziels andere Lösungen gibt als die Einrichtung einer neuen Personalkategorie in unserem Beamtenstatut.

In Anbetracht all dieser Überlegungen verlangen die Gewerkschaften ein dringliches Treffen mit Ihnen, um die Lage und die Rolle des Sozialen Dialogs innerhalb unserer Institution zu klären, und innerhalb unserer Institution die Einhaltung der bestehenden Regeln wiederherzustellen.

Für die Allianz

für die FFPE

für die USF

(unterzeichnet)

(unterzeichnet)

(unterzeichnet)

Cristiano Sebastiani
Generalsekretär

Pierre-Philippe Bacri
Vorsitzender

Sylvie Jacobs
1. stv. Vorsitzende

Kopien:

Frau Day, Generalsekretärin
Herr Vale de Almeida und Herr Thebault (CAB Barosso)
Herr Hololei und Herr Fitch (CAB Kallas)
Herr Chêne, Frau Souka, Herr Jansen, Herr Gerstenlauer, GD ADMIN
Lokale Personalvertretungen, Zentrale Personalvertretung
Herr Holmquist, Herr Madelin und Herr Verrue